

**Stellungnahme des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und
Konsumentenschutz zum Entwurf einer Verordnung der
Regulierungskommission der E-Control, mit der die Systemnutzungsentgelte-
Verordnung 2012 (SNE-VO 2012) geändert wird (Systemnutzungsentgelte-
Verordnung 2012-Novelle 2014)**

Der vorliegende Entwurf wird vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz weitestgehend begrüßt.

Bei den Höchstpreisen für das Entgelt von Messleistungen sollte jedoch unserer Ansicht nach bei der Prepaymentfunktion/Tarifschaltung gem. 10 Abs 2 eine Differenzierung hinsichtlich der Art des Messgerätes vorgenommen werden.

Dies aus zweierlei Gründen:

In § 10 Abs. 2 Z 2 ist für Prepaymentzahlung ein Höchstpreis von € 1,60 monatlich festgelegt.

Im Zuge des Begutachtungsverfahrens zur vorjährigen Novelle wurden wir dahingehend informiert, dass die Prepaymentfunktion im Fall der Messung mittels Intelligentem Messgerät bei Bedarf im Verrechnungssystem des Netzbetreibers abgebildet werden wird. Daher sollten für Prepaymentzahlung mittels Intelligentem Messgerät in der Regel keine zusätzlichen Kosten anfallen.

Dasselbe gilt wohl zumindest zum Teil für Tarifschaltungskosten von 1 Euro.

Das vorgesehene monatliche Entgelt wird aus konsumentenpolitischer Sicht im Falle der Grundversorgung (mit Prepaymentzahlung) nach § 77 EIWOG auch insofern als problematisch angesehen, als für diese Kundengruppe jedes zusätzliche Entgelt eine ins Gewicht fallende weitere Belastung darstellt.